

„Wir wissen nicht wohin, dafür aber sind wir schneller dort“ (Helmut Qualtinger) – Teil 2

Über die Wirkungen einer weltweit grassierenden Seuche, die uns bewusst macht, dass es so nicht mehr weiter gehen kann wie bisher und uns doch (fast) alles machen lässt, dass es so weiter geht wie bisher

[Michael Wimmer](#)

Spitzt die Seuche den Kampf zwischen den Anhänger*innen demokratischer und autoritärer Herrschaftsformen zu?

Zugleich mehren sich die Anzeichen einer neuen, in der Regel autoritativen Staatlichkeit, die von sich behauptet, [mit den wachsenden Krisenerscheinungen besser umgehen zu können als liberal-demokratisch verfasste](#). Rund um den Globus tritt ein neuer Herrschaftstyp auf, der im Anspruch einer neuen staatlichen Dominanz bereit ist, wesentliche demokratische Errungenschaften zu opfern, um stattdessen Stärke und Sicherheit um (fast) jeden Preis zu versprechen. Nicht umsonst hat sich die chinesische Regierung weltweit zu positionieren versucht im Anspruch, wesentlich besser, weil entschlossener mit der Epidemie fertig zu werden. Die diplomatischen Erfolge nicht nur in Russland und in einer Reihe afrikanischer Länder aber auch in Teilen vor allem Mittel- und Ost-Europas waren der neuen Supermacht sicher.

Der serbisch- DU-amerikanische Ökonom Branko Milanovic hat bereits vor Ausbruch der Krise in Foreign Affairs den Beitrag „[The Clash of Capitalisms](#)“ veröffentlicht. Darin vermutet er eine wachsende Auseinandersetzung der zwei verbliebenen Polit-Konzepte, um den wachsenden Widersprüchen, denen die nationalen Gesellschaften ausgesetzt sind, wirksam zu begegnen. Angesichts der radikalisierten Konkurrenzverhältnisse im globalisierten Finanzkapitalismus läuft diese auf die Wahl zwischen liberal-demokratischer und autoritärer Konfliktbewältigungsstrategien hinaus. Die Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen auf den Zustand der nationalen Ökonomien geben wenig Anlass, die Wahl noch einmal zu vertagen. Ganz im Gegenteil: Weitreichende Regierungsvollmachten, dazu Maßnahmen zur umfassenden sozialen Überwachung der Bevölkerung, die als Mittel der Krisenbewältigung legitimiert werden, deuten darauf hin, in welche Richtung das Pendel auch in Europa ausschlagen könnte.

Könnte es sein, dass die Europäer*innen nicht mehr wissen, wer sie sind

Zur Zeit erweisen sich alle Einschätzungen zur Zukunft des europäischen Integrationsprozesses als durchaus widersprüchlich. Zum einen ist evident, dass die Krise den Nationalisten in Europa in die Hände spielt. Schon in Ermangelung einer gesamteuropäischen Zuständigkeit haben die europäischen Staaten ihre je eigene gesundheitspolitische Strategie entwickelt. Darüber hinaus ist augenfällig, dass der Bedarf, sich voneinander abzugrenzen, in diesen Monaten eklatant gestiegen ist; die nationalen Regierungen, allen voran die ungarische, haben sich – wenn auch zeitlich begrenzte – Sondervollmachten am Parlament vorbei

ausstellen lassen, die erst gar nicht vorgeben, im Einklang mit europäischen Regelungen zu stehen.

Parlamentarisch legitimierte Entscheidungsprozesse gerieten da nur allzu leicht zur Farce. Dies umso mehr, als sich bereits in den letzten Jahren selbst in Ländern mit langen demokratischen Traditionen eine Stimme verstärkt hatte, mühsam zustande kommende demokratische Kompromisse wären immer weniger in der Lage, angesichts der aktuellen Herausforderungen die notwendigen politischen Entscheidungen herbeizuführen. Diese Tendenzen haben politische Strömungen mit autoritären Neigungen nur zu gerne aufgegriffen, um ihren Bevölkerungen noch einmal nationale Stärkung wahlweise im Kampf gegen Migration oder bei der Nichteinhaltung von als Bevormundungen uminterpretierte Gemeinschaftsregeln aus Brüssel zu suggerieren.

Spätestens mit dem Ausbruch der Epidemie zeigte sich das Widerspruchsverhältnis zwischen Vergemeinschaftung und Renationalisierung in seiner ganzen Drastik. Entsprechend sind da einerseits die Stimmen, die angesichts der vielen nationalen Sonderwege im Zusammenwirken mit den Strukturschwächen der EU [ein baldiges Ende dieses transnationalen politischen Projektes prophezeien](#). Bereits angeschlagen durch den Brexit, die wirtschaftliche Schwäche der südlichen Mitgliedsländern oder die grassierende Demokratieskepsis der mittel- und osteuropäischen Länder, führe das Hochkochen der nationalen Egoismen das europäische Einigungsprojekt an sein unausweichliches Ende.

„Manchmal kann deine Schwäche dich eher zusammenhalten als deine Stärke“ (Ivan Krastev)

Es gibt aber auch die anderen, wie die des bulgarischen Soziologen Ivan Krastev, [der hinter diese nochmaligen nationalen Aufplusterung wenig Effizienz vermutet](#). Dahinter ließen sich die spezifischen Schwächen eines Nationalstaates, adäquat nicht nur auf dieses globale Phänomen zu reagieren, bei allem rhetorischen Getöse immer weniger verbergen. Sein Schluss: Spätestens mit dem Ausbruch der Epidemie mutiere die Europäische Union von einer Wahl- zu einer Schicksalsgemeinschaft, die auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen erscheint: „Wir müssen zusammenstehen, aber wir mögen uns nicht“.

In dem Maß, in dem es den einzelnen Nationalstaaten trotz erheblichem Mitteleinsatz nicht gelingt, einer entfesselten Dynamisierung überzeugend regulierend und stabilisierend entgegen zu wirken werden sie – so Krastev – nicht darum herum kommen, mehr Kompetenzen an Brüssel anzugeben. Und zwar nicht, um Macht abzugeben, sondern im Gegenteil, um die ihren verbleibende Macht abzusichern.

Mit der Absicht, auf europäischer Ebene einen umfassenden Wiederaufbaufonds zu errichten, versucht die neue Kommission diesen Notwendigkeiten zu entsprechen, um damit ein in diesen Tagen besonderes Lebenszeichen eines ungebrochenen Willens zur Vergemeinschaftung zu geben. Zugleich lässt sie Absichten erkennen, sich mit Hilfe zumindest von Ansätzen eines europaweiten Steuerregimes von widersprüchlichen nationalen Einflussansprüchen zu emanzipieren. Daran werden taktische Überlegungen der „Sparsamen Vier“ (unter ihnen auch die österreichische Bundesregierung) nur wenig ändern, auch wenn sie versuchen, damit den latenten Konflikt zwischen den Ökonomien der nördlichen und der südlichen Mitgliedsländer am Köcheln zu halten.

Zulauf mag die aktuelle europäische Initiative auch durch die Einsicht erlangen, dass Europa noch nie so allein war wie heute. Ganz offensichtlich ist die aktuelle globale

Wettbewerbssituation dazu angetan, bestehende Allianzen immer weiter zu untergraben, auf diese Weise die letzten falschen Hoffnungen eines endgültigen Siegs des westlichen Kapitalismus nach 1989 zu verabschieden. Die immer mehr zu Tage tragenden globalen Machtverschiebungen, die u.a. bewirkt haben, dass die einst führende Weltmacht USA im Zeichen der Epidemie auf sich selbst zurückgeworfen wurde, könnten so unversehens die EU als Akt des schieren Überlebenswillens mehr erneuern, als alle bisherigen Krisen zuvor. Es könnte aber auch anders kommen, wenn etwa Deutschland als zentraler politischer Akteur in Europa im weiteren Verlauf der zu erwartenden lange anhaltenden wirtschaftlichen Krise sein Heil in nationaler Rettung versucht. Dann wären die Parallelen zu Harpers Verlaufsskizze zum Ende dieses großen und komplexen politischen Gebildes nicht mehr weit.

Solidarität als zentrale europäische Ressource

Seine große Sorge in Bezug auf den weiteren europäischen Einigungsprozess fasst Krastev in dem Satz zusammen: „Wir wissen nicht mehr, wer wir sind“. Er verweist damit nicht auf eng gefassten Vorstellungen einer wie immer gearteten gemeinsamen europäischen kulturellen Identität, die ein Kulturbetrieb, wenn man ihn nur ließe, bereitstellen würde. Meines Erachtens bezieht er sich vielmehr auf eine spezifische Form des Zusammenlebens, die eine europäische Lebensweise lange Zeit von anderen unterscheidbar gemacht hat. Sie scheint mir mit dem Anspruch auf „soziale Marktwirtschaft“ gut umschreiben und ist jedenfalls eine, die der sozialen Dimension eine gleichwertige Stellung einzuräumen versteht wie der ökonomischen. In einem aktuellen Beitrag [„Das könnte die Rettung Europas sein“](#) bedauert der liberale Autor und Historiker Timothy Garton Ash die undifferenzierte Implementierung des neoliberalen Paradigma auch auf dem europäischen Kontinent: Vor allem nach 1989 sei es in Europa zu einer fatalen Selbstüberschätzung gekommen, der das Modell des europäischen Liberalismus zu einem schier ökonomischen Liberalismus zur umfassenden Befreiung der Märkte habe verkommen lassen. In dieser Phase müssen wir auch die anderen Teile des Liberalismus wieder restaurieren, die kulturellen und sozialen.

Damit liegt bei der Beantwortung der Frage, wer die Europäer*innen sind (bzw. künftig sein wollen), ein zentraler Schlüssel in der Neubewertung der Bedeutung von gegenseitigem Respekt und Solidarität. Bislang sind alle Versuche, die soziale Dimension der Europäischen Union zu stärken, [am Primat der nationalen Zuständigkeit für Sozialpolitik gescheitert](#). In der Krise zeigt sich, dass soziale und gesundheitliche Probleme vor nationalen Grenzen nicht Halt machen und es folglich dafür auch keine befriedigenden nationalstaatlichen Antworten mehr gibt (auch wenn das Trump, Johnson oder Bolsonaro noch so verhängnisvoll für ihre Bevölkerungen dekretieren).

Auf der Grundlage einer solchen kollektiven Erkenntnis zeigen sich unschwer die Umrisse einer von Krastev so apostrophieren „Schicksalsgemeinschaft“, die sich nicht im wirtschaftlichen Erfolg einer weniger erschöpft sondern Solidarität zu einer zentralen Leitlinie politischen Handelns in Europa werden lässt. [Aktuelle Ergebnisse von Befragungen junger Europäer*innen](#), die sich zu 71% für ein bedingungsloses Grundeinkommen aussprechen deuten ebenso wie der vielerorts aufbrechende Dank und Respekt gegenüber den Arbeitskräften, die in diesen Tagen unter beträchtliche gesundheitlicher Gefährdung bereit waren, das System in der Krise am Laufen zu halten, in eine ähnliche Richtung.

Der Kulturbetrieb als Symptom der Krise oder als ein Wegweiser aus der Krise?

Zuletzt noch ein paar Worte zum Kulturbetrieb. Der hat in diesen Tagen wenig zu lachen. Auf Grund des Lock-Downs geschlossen, ist er von wesentlichen Betriebsmitteln

abgeschnitten und auf staatliche Unterstützung angewiesen. Und es zeigt sich auch in diesem Sektor, dass als Ergebnis des neoliberalen Sogs seine Zurichtung auf die Erfordernisse eines möglichst unregulierten Kulturmarktes nicht nur Vorteile gebracht haben. Der weitgehende Zusammenbruch der internationalen Tourismusindustrie macht diesbezügliche Abhängigkeiten schmerzhaft deutlich. Aber auch die zum Teil desaströsen Wirkungen seiner aktuellen Verfasstheit auf das Klima lassen sich in diesen Tagen nicht mehr beschönigen. In diesem Sektor lässt die Europäische Union leider noch wenig Bereitschaft erkennen, [Kunst und Kultur neu zu denken und damit ihre Relevanz für die weitere gesellschaftliche Entwicklung zu erhöhen](#).

Kulturpolitik war einst als eine „Fortsetzung von Sozialpolitik“ angetreten. Davon ist sie heute mehr denn je entfernt. Und böte in ihrer ursprünglichen Ausrichtung dennoch einen besseren Anhaltspunkt zur Beantwortung „Wer wir als Europäer*innen sein wollen“ als ein von den gesellschaftlichen Veränderungen weitgehend isolierter, dazu durchkommerzialisierter Teilbereich einer beliebig austauschbaren Freizeitindustrie.

Die System-Irrelevanz der Kunst als Inbegriff des Europäischen

In ihrer existentiellen Not melden sich viele Vertreter*innen mit der Behauptung, Kunst und Kultur müssten in diesen Tagen in besonderer Weise staatlich alimentiert werden; sie seien schließlich systemrelevant. Dem widersprach Reinhard J. Brembeck jüngst in einem Beitrag „[Warum Kunst systemfeindlich ist](#)“ in der Süddeutschen Zeitung vehement. Statt dessen bestand er auf dem subversiven Potential eines europäischen Kunstbegriffs, der sich nicht in der Affirmation der bestehenden Verhältnisse beschränkt sondern – mit spezifisch ästhetischen Mitteln – neue, unerwartete Möglichkeitsräume eröffnet, die über das, was wir erwarten können, hinausweisen.

Auch wenn die Auseinandersetzung mit Kunst, bis auf wenige Ausnahmen, bislang tendenziell auf einige wenige Inseln im Alltagsgeschehen von Europäer*innen beschränkt geblieben ist, so spricht vieles für die Vermutung, dass Kunst das Europäischste ist, was wir haben. Und es könnte sich einmal mehr zeigen, dass die Auseinandersetzung mit Kunst – gerade durch ihre Subversivität – in herausragender Weise dafür prädestiniert, sich mit der Frage zu beschäftigen, wer wir sind, wir Europäer*innen, die wir uns noch längere Zeit mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen der Epidemie werden beschäftigen müssen. Kunst wäre dabei ein Medium, das sich einfachen Antworten verweigert und uns stattdessen einlädt, Unsicherheiten auszuhalten und sich auf sie in produktiver Weise einzulassen. Um dabei zu erfahren, dass es trotz aller Widrigkeiten Zukünfte gibt, die es lohnen, angestrebt zu werden.

Dies ist ein Beitrag im Rahmen des Blog-Projekts „Gemeinsam oder Einsam aus der Krise? Die Europäische Union am Scheideweg angesichts der Herausforderungen durch den Corona-Virus“. [Erfahren Sie hier mehr über das Projekt!](#)